



Tarifvertrag der Länder



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hamburg

Liebe Eltern,

seit dem 21. Januar laufen die Tarifverhandlungen für die rund eine Million Tarifbeschäftigten der Bundesländer. Dazu zählen bundesweit auch etwa 200.000 angestellte Lehrkräfte, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und weitere pädagogische und therapeutische Fachkräfte an Schulen. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordert die GEW sechs Prozent mehr Gehalt. Die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber lehnen eine angemessene Lohnerhöhung bisher strikt ab. Gute Arbeit verdient aber eine angemessene Bezahlung. Zudem gefährdet der Fachkräftemangel an Schulen wie in anderen Bereichen bereits die Qualität des öffentlichen Dienstes. Deshalb haben die Gewerkschaften keine andere Wahl als durch Warnstreiks Druck auf die Verhandlungen auszuüben.

Natürlich wissen wir als verantwortungsbewusste Pädagoginnen und Pädagogen, dass Unterrichtsausfall für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern eine große Belastung darstellt. Nur in den seltensten Fällen sind aber Arbeitskämpfe die Ursache dafür. Es fällt viel zu viel Unterricht aus, weil es einen zunehmenden Fachkräftemangel gibt. Es fällt auch viel Unterricht aus, weil Lehrkräfte und die Kolleg*innen des pädagogischen und therapeutischen Fachpersonals die stark gestiegene Arbeitsbelastung gesundheitlich nicht mehr durchhalten. Gute, verlässliche Bildung und Erziehung gibt es aber nur, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht und die Arbeitsbedingungen passen. Dafür streikt die GEW.

Nur mit Warnstreiks können wir gegenüber den Arbeitgebern deutlich machen, dass wir hinter den Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW stehen. Als große Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst der Länder stehen wir auch an der Seite der anderen Beschäftigten im Landesdienst, die täglich gute Arbeit leisten. So lange die Arbeitgeber uns eine angemessene Gehaltserhöhung verweigern, sehen wir uns gezwungen, von unseren Grundrechten Gebrauch zu machen und zu streiken. Die GEW fordert eine Gehaltserhöhung im Gesamtvolumen von sechs Prozent. Dabei geht es auch um den Gleichklang der Gehälter im öffentlichen Dienst. Denn die Gehälter der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen liegen ab dem 1. April 2019 ca. sechs Prozent höher als die der Landesbeschäftigten.

Deshalb ist es unvermeidbar, dass sich gerade die angestellten Pädagoginnen und Pädagogen der Hamburger Schulen an den Warnstreiks spürbar beteiligen. Eine andere Möglichkeit, die berechtigten Forderungen durchzusetzen, gibt es leider nicht.

Wir danken für Ihr Verständnis und hoffen auf Ihre Unterstützung!

Ihre Pädagoginnen und Pädagogen in der Bildungsgewerkschaft GEW

Vielen Dank.